

Windkraft schadet Geldbörsen und Natur

DEUTSCHE-BANK-EXPERTE warnt: Investition in Windenergie ist wenig sinnvoll

Von Volker Nies

Die Debatte um Windkraft geht in Ostthessen in eine neue Runde: Im Landkreis Fulda sind erstmals seit der Energiewende Wälder für Windräder gerodet worden. Ein Experte der Deutschen Bank warnt generell: Die Investitionen in weitere Windkraftanlagen ist volkswirtschaftlich unsinnig - und bringt dabei dem Klimaschutz schlicht nichts.

Diplom-Physiker Dr. Björn Peters (47) ist Leiter des Investment-Bereichs Infrastruktur und natürliche Ressourcen bei Deutsche Asset & Wealth Management, der Vermögensverwaltung der Deutschen Bank. Er ist immer auf der Suche nach lohnenden Investitionen für die Kunden, die er berät.

Investitionen in Windkraftfonds empfiehlt er seit einigen Jahren nicht mehr. Nicht nur, weil in der Vergangenheit die tatsächlichen Erträge vieler Windparks weit hinter den Prognosen zurückblieben, mit denen Anlegern der Kauf von Windkraftanlagen schmackhaft gemacht wurde.

„Investitionen in Windkraftanlagen rechnen sich, wenn überhaupt, nur durch die hohe vom Staat garantierte Einspe-

severgütung. Volkswirtschaftlich sind neue Windräder eine wenig sinnvolle Investition“, erklärt Peters. Investitionen, die keinen gesamtwirtschaftlichen Nutzen hätten, seien aber keine lohnende Anlage - langfristig schon gar nicht.

Grund dafür sei auch das Wetter. „Der Wind in Mitteleuropa weht relativ einheitlich. Entweder es windet. Dann windet es praktisch überall in Mitteleuropa. Oder es ist gleichmäßig windstill.“

Wenn es aber windet, drehen sich schon heute in Deutschland viele Windräder, die so viel Windstrom produzieren, dass er exportiert werden muss. Oft müssen die Stromexporteure für die Abnahme der großen Windstrommengen noch gut bezahlen. Erst bei einem Leitungsausbau bis nach Portugal, Tschad und Aserbaidschan würden sich hinreichende räumliche Ausgleichseffekte in der Windstromproduktion einstellen.

Weil der Wind - grob gesagt - in Mitteleuropa entweder praktisch überall weht oder nirgendwo, ist er nicht grundlastfähig. Das heißt: Die konventionellen Kraftwerke müssen weiter laufen. „Der Effekt des Ausbaus der Windkraft für das Klima ist sogar negativ: In den vergangenen drei Jahren ist der Kohlendioxid-Ausstoß pro erzeugte Kilowattstunde Strom gestiegen“, erklärt Peters. Braunkohlekraftwerke ar-

beiten derzeit besonders günstig. Aber: Ein Braunkohlekraftwerk erzeugt pro Kilowattstunde mehr als doppelt so viel CO₂ wie ein modernes Gaskraftwerk.

Grundlastfähig würde Windstrom, wenn er in großen Mengen gespeichert werden könnte - und zwar über mehrere Wochen. Die vorhandenen Pumpspeicherkapazitäten sind aber für eine Speicherzeit von maximal einem halben Tag konzipiert. „Die nötigen Spei-

cherkapazitäten müssten rund tausend mal so groß sein, wie sie heute sind“, sagt Peters und rechnet vor: „Um Windstrom in den ausreichenden Mengen für drei Wochen speichern zu können, müsste man die Wassermenge des gesamten Bodensees auf 600 Meter hochpumpen“, erklärt Peters.

Ein weiterer Ausbau des Stromnetzes helfe nur wenig. „Es wird jetzt diskutiert, eine neue Trasse zu bauen, um Windstrom aus Norddeutsch-

land nach Süddeutschland zu bringen. Aber in Süddeutschland befinden sich ja schon viele Windkraftanlagen. Das heißt: Wenn viel Windstrom in Norddeutschland anfällt und in den Süden gebracht werden soll, dann wird ja auch bereits im Süden viel Windstrom produziert. Dann aber, wenn in Bayern und Baden-Württemberg die Windräder still stehen, wird auch im Norden nur wenig Windstrom produziert.“

Unterdessen wurde klar, dass die Energiewende für den Verbraucher 2016 noch teurer wird. Die Erneuerbare-Energien-Umlage (EEG) steigt auf ein neues Rekordhoch von 6,35 Cent pro Kilowattstunde. In diesem Jahr sind es noch 6,17 Cent. Die starke Wind- und Solarstromproduktion und der niedrige Börsenstrompreis steigern die Kosten. Betreiber von Wind- und Solaranlagen erhalten eine garantierte Vergütung. Ihr Strom wird an der Börse gehandelt. Die Differenz zwischen Börsenstrompreis und garantierter Vergütung wird durch die EEG-Umlage ausgeglichen. Durch die starke Wind- und Solarstromproduktion sank der Börsenstrompreis weiter. Deshalb steigt die EEG-Umlage. Der Bundesverband der Deutschen Industrie kritisierte, die steigende EEG-Umlage sei „ein gravierender Wettbewerbsnachteil für die deutsche Wirtschaft.“



Björn Peters (47) ist Experte für Energie-Investments bei der Deutschen Asset & Wealth Management, der Vermögensverwaltung der Deutschen Bank. Foto: privat